



Sitzung 11: Äusseres, innenpolitischer Diskurs und öffentliche Meinung

Vorlesung «Die Schweiz im Kontext der
europäischen Integration»

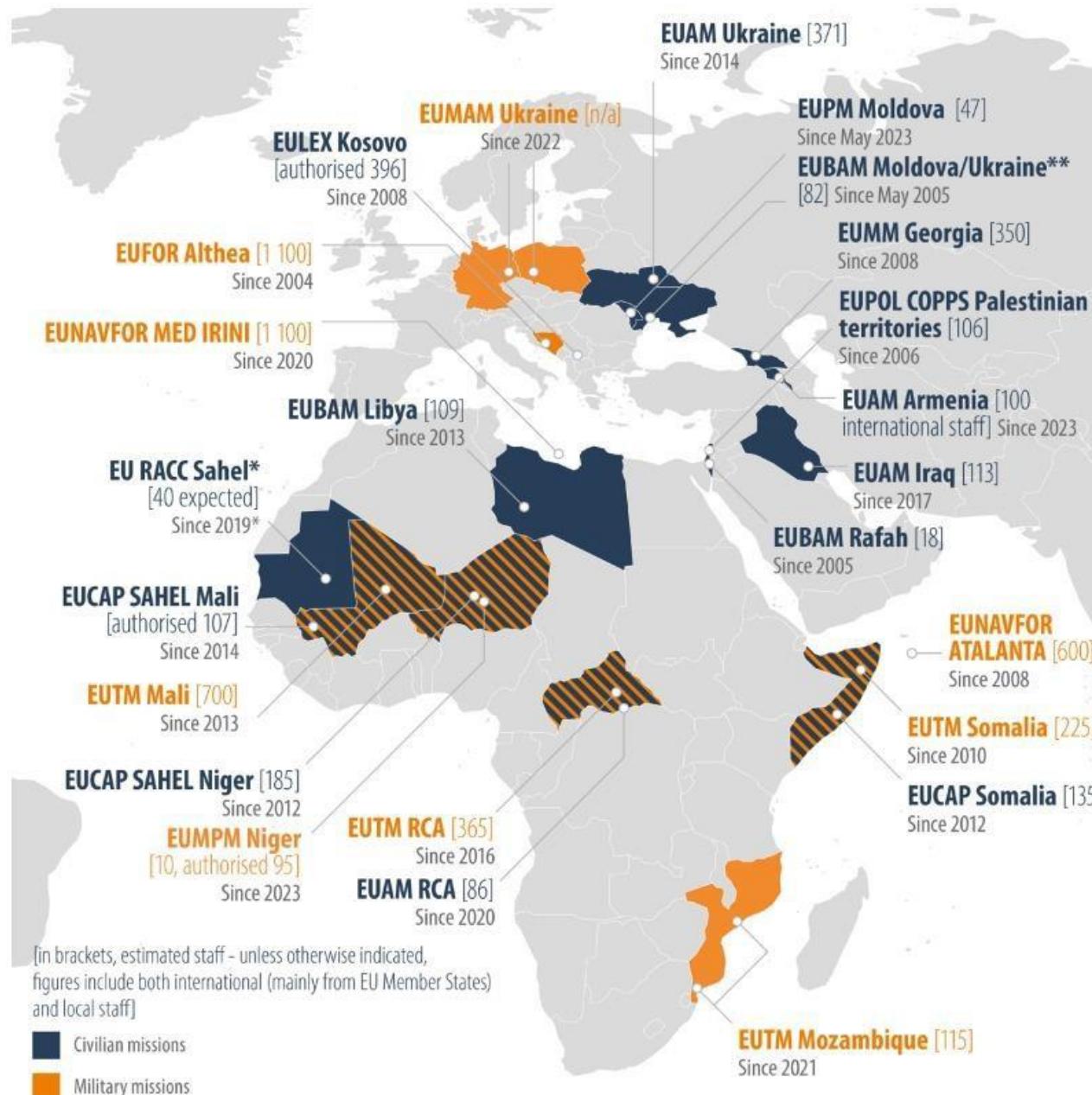
Prof. Dr. Christian Freudlsperger
25. November 2025



Kursplan

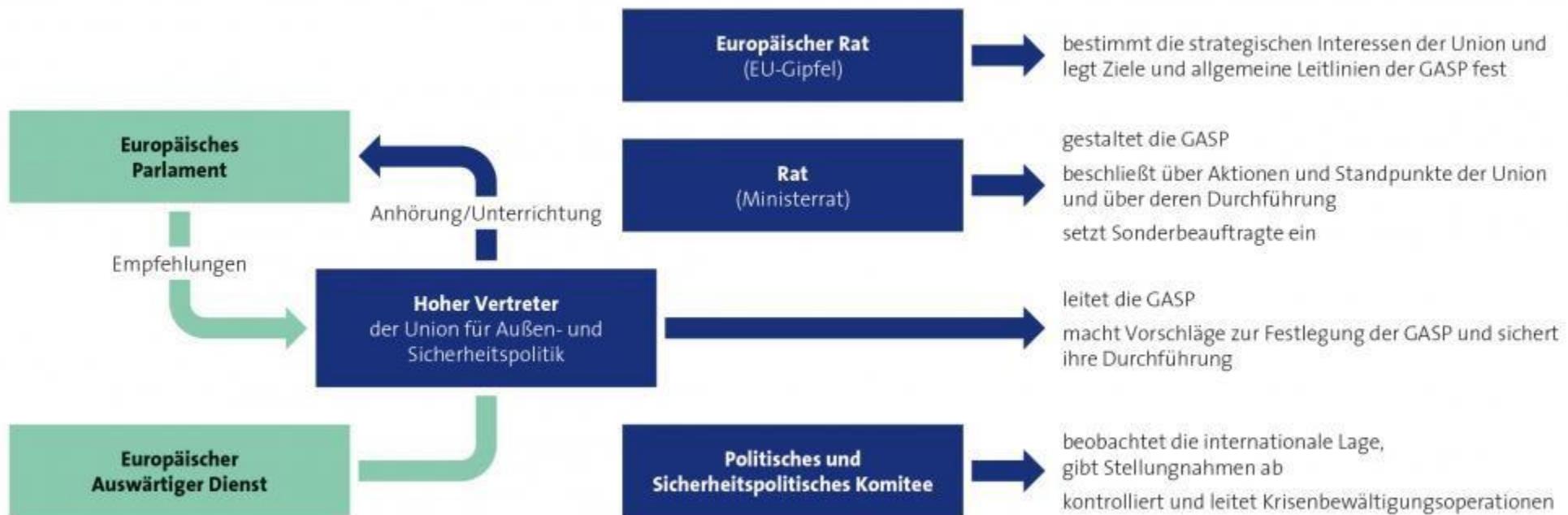
Block 1: Grundzüge der europäischen Integration		
1.	16.09.	Eine kurze Geschichte der europäischen Integration
2.	23.09.	Die Europäische Union als politisches System
3.	30.09.	Die Europäische Union als Rechtsgemeinschaft
4.	07.10.	Die Europäische Union als System differenzierter Integration
5.	14.10.	Integrationstheorien: Wieso Integration?
6.	21.10.	Zehn Jahre Polykrise: Wie weiter, EU?
Block 2: Das Verhältnis der Schweiz zur EU		
7.	28.10.	Eine kurze Geschichte des Verhältnisses Schweiz-EU
8.	04.11.	Handel
9.	11.11.	Freizügigkeit, Inneres und Migration
10.	28.11.	Forschung, Kohäsion und Energie
11.	25.11.	Äusseres, innenpolitischer Diskurs und öffentliche Meinung
12.	02.12.	Aktualitäten und Zukunft des Schweiz-EU-Verhältnisses & Fragestunde
13.	09.12.	Personenfreizügigkeit mit Dr. Cornelia Lüthy
14.	16.12.	Klausur

Schweizer Teilnahme an EU-Missionen



Schweizer Teilnahme an EU-Missionen

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)



Schweizer Teilnahme an EU-Missionen

Die normativen Grundlagen der europäischen Aussenpolitik:

- Die EU lässt sich " [...] bei ihrem Handeln auf internationaler Ebene von den Grundsätzen leiten, die für ihre eigene Entstehung, Entwicklung und Erweiterung maßgebend waren und denen sie auch weltweit zu stärkerer Geltung verhelfen will: **Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten [...]" (Art. 21 (1) EUV)**
- Die EU möchte "eine Weltordnung zu fördern, die auf einer **verstärkten multilateralen Zusammenarbeit** und einer verantwortungsvollen Weltordnungspolitik beruht" (Art. 21 (2 h) EUV)

Schweizer Teilnahme an EU-Missionen

Umfang der GAS/P/GSVP:

- Abrüstungsmaßnahmen, Konfliktverhütung und **friedenserhaltende Aufgaben**
- Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich **friedenschaffender Maßnahmen**
- Bekämpfung des internationalen **Terrorismus**
- **Beistandsverpflichtung**
- **gemeinsame Verteidigung**, sofern der Europäische Rat dies einstimmig beschließt

Schweizer Teilnahme an EU-Missionen

Art. 42 Abs. 7 EUV

«(7) Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm **alle in ihrer Macht stehende Hilfe** und Unterstützung, im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen. Dies lässt den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten unberührt.»

Schweizer Teilnahme an EU-Missionen

GASP-Missionen unter Schweizer Beteiligung

- GASP eines der massgeblichen Vehikel (nebst UN, OSZE und NATO) des Schweizer Beitrags an die multilaterale Friedensförderung
- seit 2004: Beteiligung an militärischer EU-Mission **EUFOR ALTHEA** in Bosnien und Herzegowina
 - «Liaison and Observation Teams» (LOT) in Mostar und Trebinje
 - «Mobile Training Teams» (MTT) für die Bewirtschaftung von Munitions- und Waffenbeständen
 - «Special Ammunition and Weapons Advisor» des Missionskommandanten

Schweizer Teilnahme an EU-Missionen

GASP-Missionen unter Schweizer Beteiligung

- seit 2008: Beteiligung an der zivilen EU-Mission **EULEX Kosovo**
 - Unterstützung der kosovarischen Behörden beim Aufbau der Justiz-, Polizei- und Grenzwachtbehörden nach rechtsstaatlichen Prinzipien
- seit 2016: Beteiligung an der zivilen EU-Mission **EUCAP Sahel Mali**
 - Ausbildung der zivilen malischen Sicherheitskräfte in den Bereichen Grenzmanagement, Migration und Kriminalität
- Teilnahme an ziviler EU-Mission **EUBAM Libyen (seit 2013)** zum Kapazitätsaufbau im Grenzschutz aufgrund der Sicherheitslage noch nicht realisiert

Schweizer Teilnahme an EU-Missionen

EU-Missionen/Operationen mit abgeschlossenen Schweizer Auslandeinsätzen

Zivile EU-Missionen

Polizeimission EUPOL Proxima in Nordmazedonien

Beobachtermission AMM in Aceh/Indonesien

Polizeimission EUPOL in der Demokratischen Republik Kongo

Polizeimission EUPM in Bosnien und Herzegowina

Beratermission zur Reform des zivilen Sicherheitssektors EUAM in der Ukraine

Militärische EU-Operationen

EUFOR in der Demokratische Republik Kongo (Kurzeinsatz von zwei unbewaffneten Militärärzten)

EUTM in Mali (ziviler Einsatz)



Bundesrat

Bundespräsidium

Departemente

Bundeskanzlei

Bundesrecht

Dokumentation

Startseite > Dokumentation > Medienmitteilungen > Der Bundesrat genehmigt die Teilnahme der Schweiz an zwei PESCO-Projekten

[Dokumentation](#)

[Zurück zur Übersicht](#)



Medienmitteilungen

Medienmitteilungen des Bundesrats

Medienmitteilungen abonnieren

Medienmitteilungen als RSS
beziehen

Der Bundesrat genehmigt die Teilnahme der Schweiz an zwei PESCO-Projekten

Bern, 21.08.2024 - Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 21. August 2024 die Teilnahme der Schweiz an zwei Projekten der Permanent Structured Cooperation (PESCO) der EU genehmigt. Die beiden Projekte «Military Mobility» und «Cyber Ranges Federation» bieten die Möglichkeit, die internationale Zusammenarbeit zwischen Streitkräften zu erweitern. Dies stärkt die nationale Verteidigungsfähigkeit der Schweiz. Die spezifische Zusammenarbeit im Rahmen der Projekte erfolgt im Einklang mit den Neutralitätspflichten der Schweiz.

Die Permanent Structured Cooperation (PESCO) wurde 2017 vom Rat der Europäischen Union (EU) ins Leben gerufen, um gemeinsam die Verteidigungsfähigkeit mit europäischen und Rückgratnachrichten zu verstetigen. PESCO ist eine politische Plattform, die die Mitgliedstaaten der EU zusammenführt, um ihre Verteidigungsressourcen zu optimieren und zu koordinieren. Es ermöglicht die Entwicklung von gemeinsamen militärischen Fähigkeiten und die Durchsetzung von gemeinsamen Verteidigungsstrategien. Die Teilnahme der Schweiz an PESCO ist ein wichtiger Schritt, um die nationale Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen und die internationale Zusammenarbeit zu fördern.



Medienmitteilung | Veröffentlicht am 25. Juni 2025

Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft: Bundesrat will Sondierungsgespräche mit der EU

Bern, 25.06.2025 — Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 25. Juni 2025 beschlossen, Sondierungsgespräche mit der EU für den Abschluss einer Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft aufzunehmen. Die EU bietet mit solchen Partnerschaften einen Rahmen für Drittstaaten, um die Zusammenarbeit in diesem Bereich zu stärken. Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften sind rechtlich nicht verbindliche Absichtserklärungen und können individuell ausgestaltet werden. Eine solche Partnerschaft

Neue Sicherheitspartnerschaft

Schweiz will Anschluss beim 800-Milliarden-Aufrüstungsplan der EU

Der Bundesrat bekundet Interesse, eine neue Verteidigungspartnerschaft mit der EU abzuschliessen. Die Schweizer Rüstungsindustrie könnte so an Aufträge kommen, die über neue EU-Kredite finanziert werden. Die SVP ist skeptisch.

Andy Müller

Freitag, 11.07.2025, 21:09 Uhr

TEILEN

Wegen der veränderten Sicherheitslage in Europa fliessen riesige Geldbeträge in die Armeen, wie man es sich vor dem russischen Überfall auf die Ukraine nicht mehr vorstellen konnte. Die EU will sich auf das schlimmste Szenario vorbereiten: einen grossen Krieg mit Russland. Zusätzliche 800 Milliarden Euro sollen in die Aufrüstung der EU-Mitgliedsländer fliessen. Dazu soll es auch EU-Kredite von 150 Milliarden Euro geben.

[Latest news](#) [COP30](#) [Trump tariffs](#) [War in Ukraine](#) | [Newsletters](#) [Podcasts](#) [Poll of Polls](#) [Policy news](#) [Events](#)[NEWS](#) > [DEFENSE](#)

No deal on UK access to EU's defense spending plan

The Commission wanted to wrap talks with the U.K. on taking part in the SAFE program by the end of the week, but that deadline is slipping.

[▶ LISTEN](#) [COPY LINK](#)**POLITICO PRO**

Free article usually reserved for subscribers



6. Kurze Gesamtschau

Table 2.3 Vertical integration across EU policies at the time of treaty changes

	1958	1987	1993	1999	2003	2010
<i>Foreign policies:</i>						
Political external relations	0.0	1.0	1.5	2.0	2.0	2.5
Defence policy	0.0	0.0	1.0	1.0	1.5	1.5
Economic external relations	1.5	1.5	3.5	3.5	3.5	3.5
<i>Interior policies:</i>						
Criminal/domestic security	0.0	0.0	1.0	2.0	3.0	4.0
Civil	0.0	0.0	3.0	3.5	4.0	4.0
<i>Economic and monetary union:</i>						
Macroeconomic policy and employment	1.5	1.5	1.5	3.5	3.5	3.5
Monetary policy	1.0	1.0	4.0	5.0	5.0	5.0
Tax	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5
<i>Regulatory policies:</i>						
Economic freedoms	2.0	4.0	4.5	4.5	4.5	4.5
Competition and Industry	2.0	2.0	3.0	3.0	4.0	4.0
Environment/consumer Protection	0.0	3.0	3.75	3.75	3.75	3.75
Occupational health and safety standards	0.0	4.0	4.0	4.5	4.5	4.5
Energy and transport	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0	4.0
Labour	1.0	1.0	3.5	4.0	4.0	4.0
<i>Expenditure policies:</i>						
Culture	0.0	0.0	1.0	1.0	1.0	4.5
Welfare	0.0	0.0	3.0	4.0	4.0	4.0
Research and Development	0.0	3.5	3.5	4.0	4.0	4.0
Agriculture	3.0	3.0	3.0	3.0	3.0	4.5
Cohesion	1.5	3.9	3.25	3.75	4.0	4.0

Grad der bilateralen Kooperation:

- **Rot** = Keine Kooperation
- **Gelb** = Informelle/ vergangene/ geplante Kooperation
- **Grün** = Laufende und formalisierte Kooperation

6. Kurze Gesamtschau

- Das bilaterale Verhältnis hat eine **sektorale Breite** erreicht, die mit einer stark differenzierten EU-Mitgliedschaft (ohne WWU, ohne GASP/GSVP), etwa derjenigen des UK vor dem Brexit, oder einer Mitgliedschaft im EWR in der Gesamtschau durchaus vergleichbar ist
- Die **Regulierungstiefe** ist oftmals deutlich geringer ausgeprägt, weil nur ein Teil des EU-Besitzstands in gleichbleibender Form in bilaterales Recht übertragen wird: geht einher mit der Gefahr der zunehmenden Veraltung/Erosion des bilateralen Rechtsbestands
- Auffällig: Konzentration auf **Marktzugang** und angrenzende Politikfelder (etwa Schengen oder Umwelt), Engführung der bilateralen Beziehungen auf den ökonomischen Austausch
- Ausgenommen bleiben weiterhin: Politische Zusammenarbeit in Fragen der **Grundwerte, Aussenpolitik, Sicherheitspolitik, auch Handel**
 - Mögliches Betätigungsfeld für die **Zukunft** vor dem Hintergrund rückkehrender Blockbildung und der zunehmenden «**Geopolitisierung**» der EU?

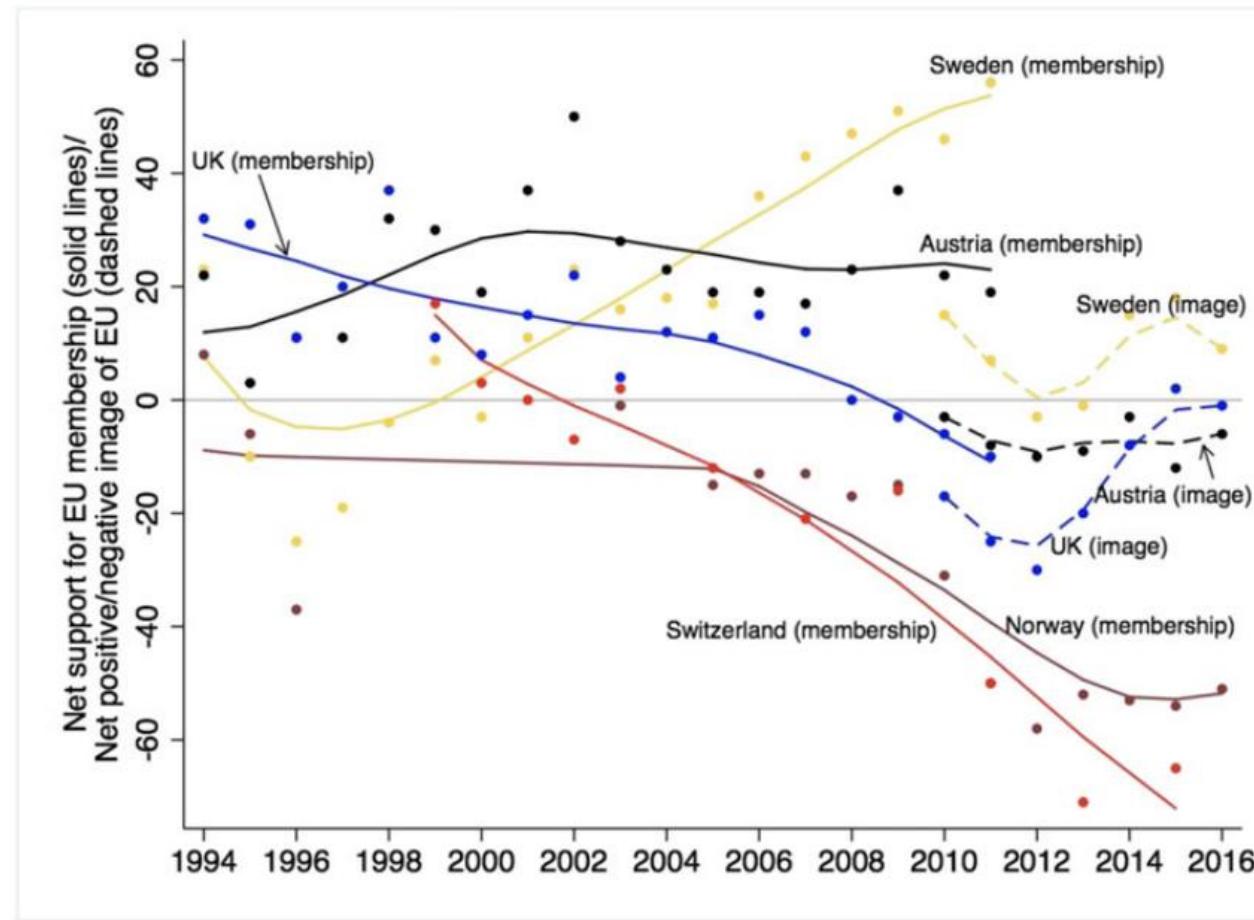
6. Kurze Gesamtschau

- Was sind die Vor- und Nachteile des bilateralen Wegs?

Vorteile	Nachteile

Positionen: Veränderung im Zeitverlauf

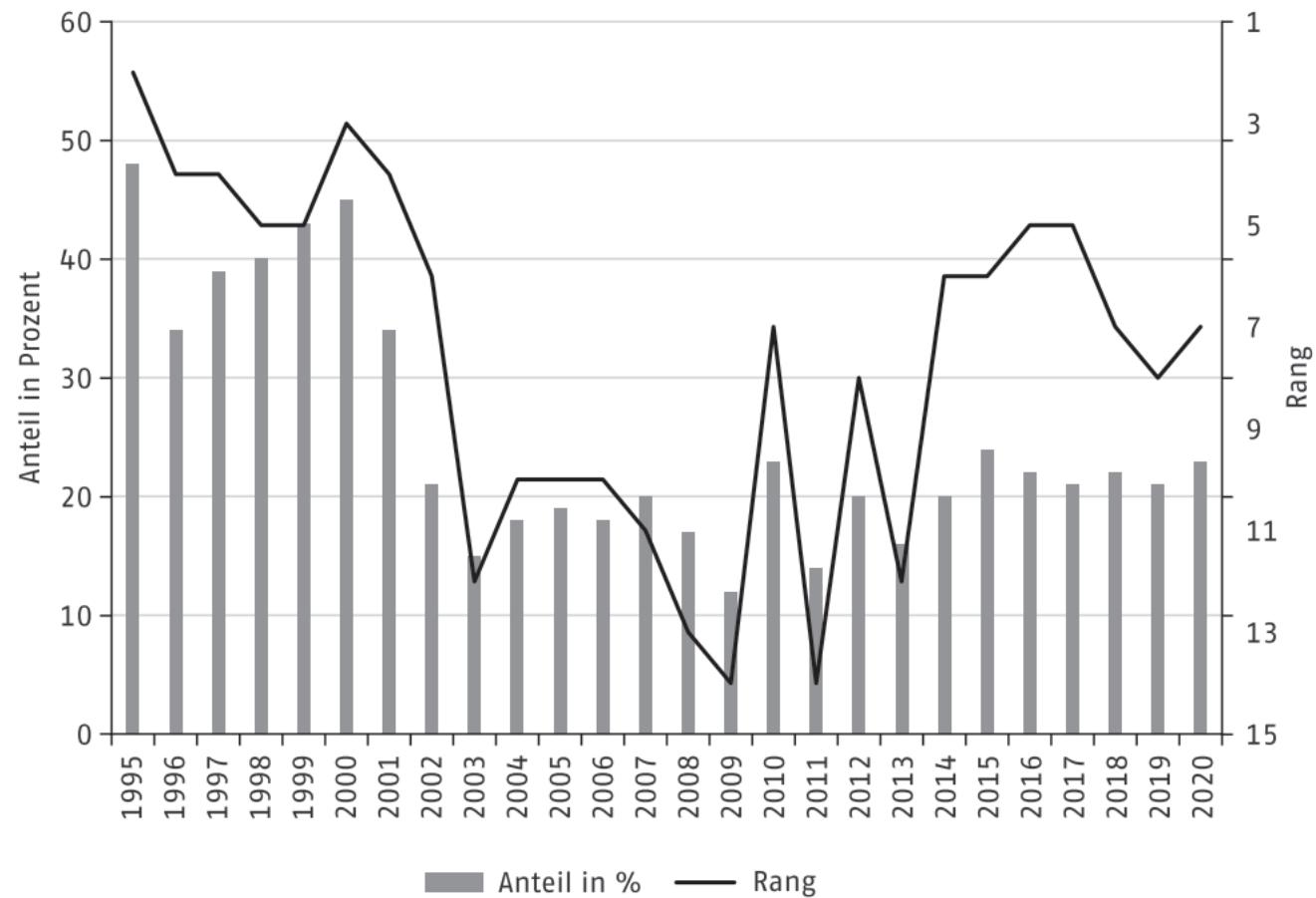
Figure 6: Attitudes Towards the EU in Austria, Sweden, the UK, Norway and Switzerland.



Quelle: Hix 2018

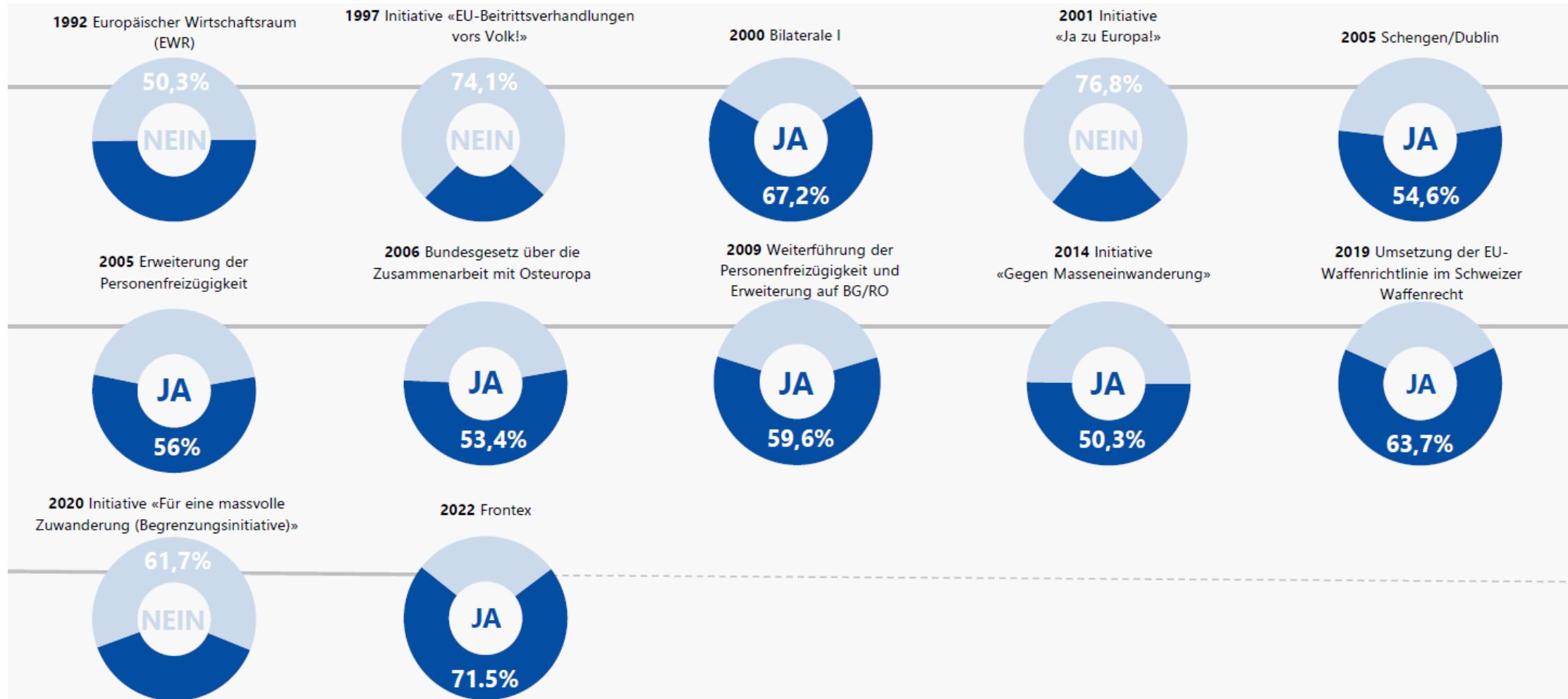
Salienz: Wie wichtig ist das Thema in der öffentlichen Debatte?

Abbildung 6.1: Sorgenbarometer^{a)}: Rangierung und Anteil Nennungen, wonach «Europa» zu den fünf wichtigsten Problemen der Schweiz gehört



Quelle: Bühlmann 2022

Abstimmungen im weiteren Verlauf



Theorien der öffentlichen Meinung

Ökonomische Erwägungen

- **Verlustängste** vor dem Hintergrund des hohen Schweizer Lohnniveaus
- Individuelle **Abstiegsängste**, insbesondere unter den potenziellen oder tatsächlichen «Verlierern der Globalisierung» (Kriesi 2008)
- **Niedrigerqualifizierte** in schlechter bezahlten und statusärmeren Jobs stehen zunehmender Konkurrenz von aussen besonders skeptisch gegenüber

Politische und kulturelle Faktoren

- «**Hufeisen-Modell**» (Aspinwall 2002): Während Wähler am linken Rand die **neoliberale** Schlagseite der europäischen Wirtschaftsintegration kritisieren, befürchten rechte Euroskeptiker, dass die europäische Integration die **kulturelle Integrität** ihrer Nation untergräbt (Van Elsas et al. 2016)

Table 14.1 Logistic RE regression predicting unwillingness to join the EU (whole sample and sample restricted to respondents in employment), odd ratios

	Whole sample		In employment	
	OR	(SE)	OR	(SE)
Age	1.05***	(0.00)	1.09***	(0.00)
Male	1.41***	(0.10)	1.53***	(0.16)
Dual citizenship	1.24*	(0.11)	1.14	(0.15)
<i>Education (ref. = primary)</i>				
Secondary w/o Matura	0.75	(0.18)	0.35*	(0.15)
Secondary with Matury	0.60***	(0.06)	0.31***	(0.07)
Secondary vocational	1.03	(0.09)	0.56**	(0.11)
Tertiary vocational	1.22†	(0.13)	0.76	(0.16)
University	0.71**	(0.08)	0.42***	(0.10)
<i>Labour status (ref. = full time)</i>				
Part time	0.92	(0.06)	0.97	(0.07)
Studying	1.84***	(0.16)		
Home carer	0.66***	(0.06)		
Retired	1.28**	(0.10)		
Unemployed	1.27	(0.19)		
Other occupation	1.05	(0.15)		
Satis. With hh finances	0.95***	(0.01)	0.98†	(0.01)
Unemployment risk			1.02†	(0.01)
CAMSIS			0.97***	(0.00)
Political orientation	1.35***	(0.01)	1.43***	(0.02)
Political interest	0.87***	(0.01)	0.84***	(0.01)
Political influence	1.03***	(0.01)	1.03**	(0.01)
<i>Linguistic region (ref. = French)</i>				
German-speaking	6.56***	0.53	8.70***	1.00
Italian speaking	5.43***	0.98	9.17***	2.50
Constant	0.03	0.01	0.05	0.02

*** $p < .001$; ** $p < .01$; two-sided tests

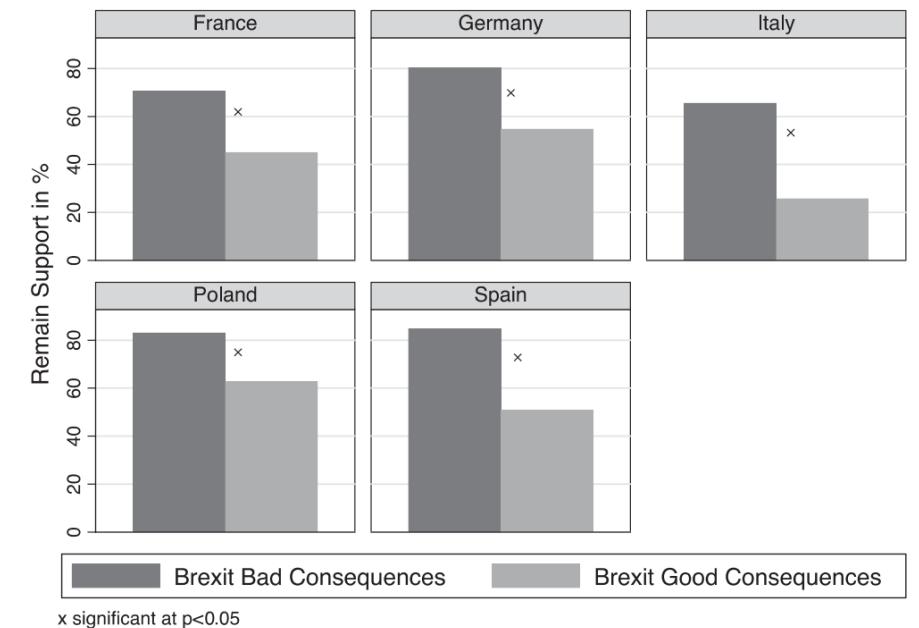
Source: SHP 1999–2014

Quelle: Sarrasin,
Kuhn, Lancee 2018

Benchmarking-Theorie der öffentlichen Meinung

- De Vries 2017, 2018: Unterstützung für die EU abhängig von einem Vergleich zwischen den Vorteilen des Status quo der Mitgliedschaft und denen eines alternativen Zustands außerhalb der EU ("Benchmark-Theorie" der öffentlichen Meinung gegenüber der EU)
- Umfrage-Experimente: Treatment mit negativen Informationen über das eigene Land erhöht die Zustimmung zur europäischen Integration

Figure 3: Comparing Support for Remaining in the EU of Those Who Think Consequences of Brexit Will be Good or Bad for Britain



Quelle: De Vries 2017

Theorien der öffentlichen Meinung

Der Brexit als entscheidender Präzedenzfall für individuelle Erwartungen zur Zukunft des Schweiz-EU-Verhältnisses:

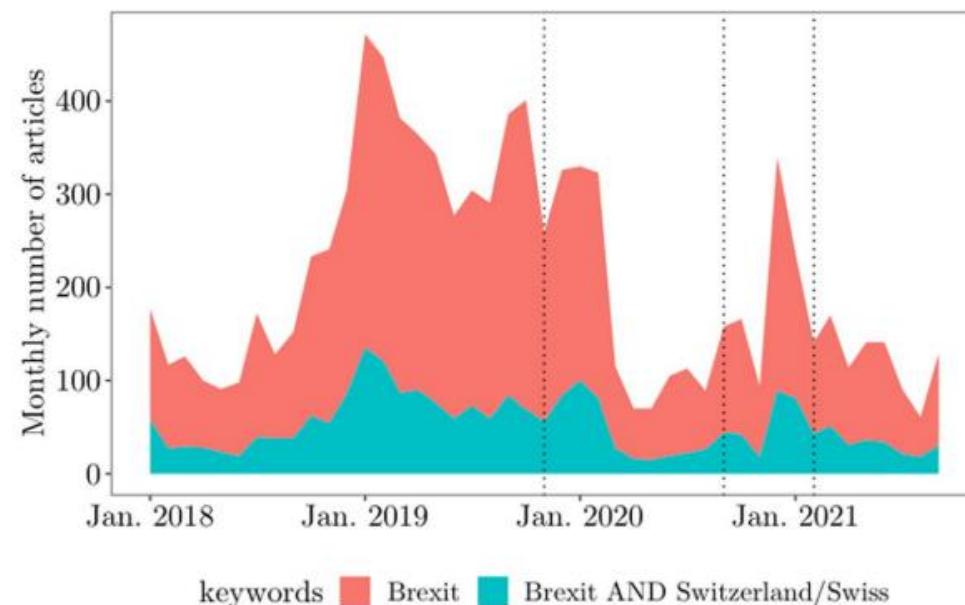


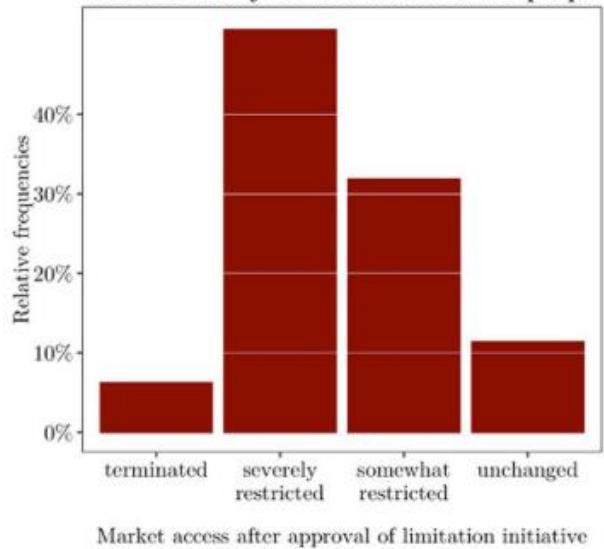
Figure 1. Media coverage of Brexit in Switzerland.

Note: Monthly number of articles mentioning 'Brexit' or 'Brexit' and 'Switzerland'/Swiss' (in German and French) in the six following Swiss newspapers: Blick, Neue Zürcher Zeitung, Tages-Anzeiger, Weltwoche, Le Temps, 24 Heures. The vertical lines indicate the timing of our survey waves.

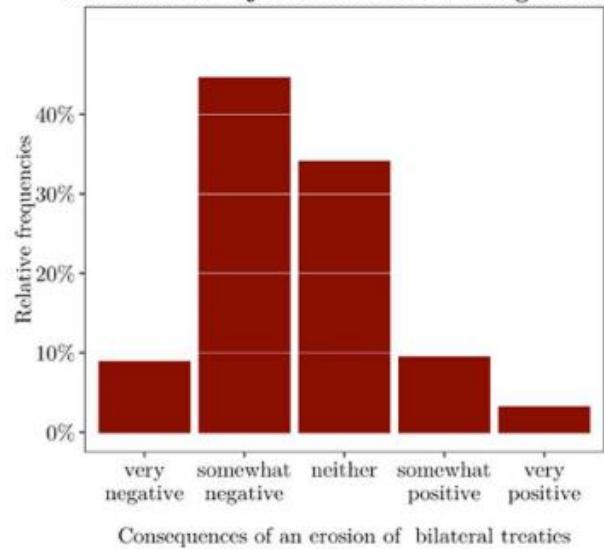
Quelle: Malet und Walter 2023

Theorien der öffentlichen Meinung

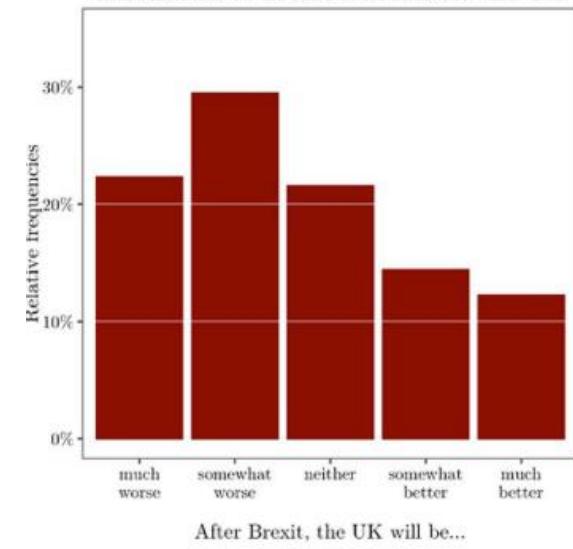
Expected EU reaction to a Swiss withdrawal from the treaty on free movement of people



Expected consequences of an erosion of bilateral treaties after rejection of framework agreement



Assessment of Brexit outcome for the UK



Assessment of British Brexit strategy

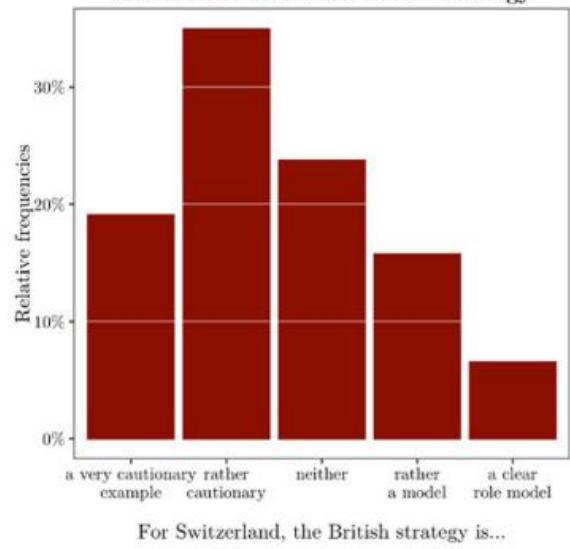


Figure 3. Expected consequences of non-cooperation.

Figure 4. Brexit evaluations.

Quelle: Malet und Walter 2023

Theorien der öffentlichen Meinung

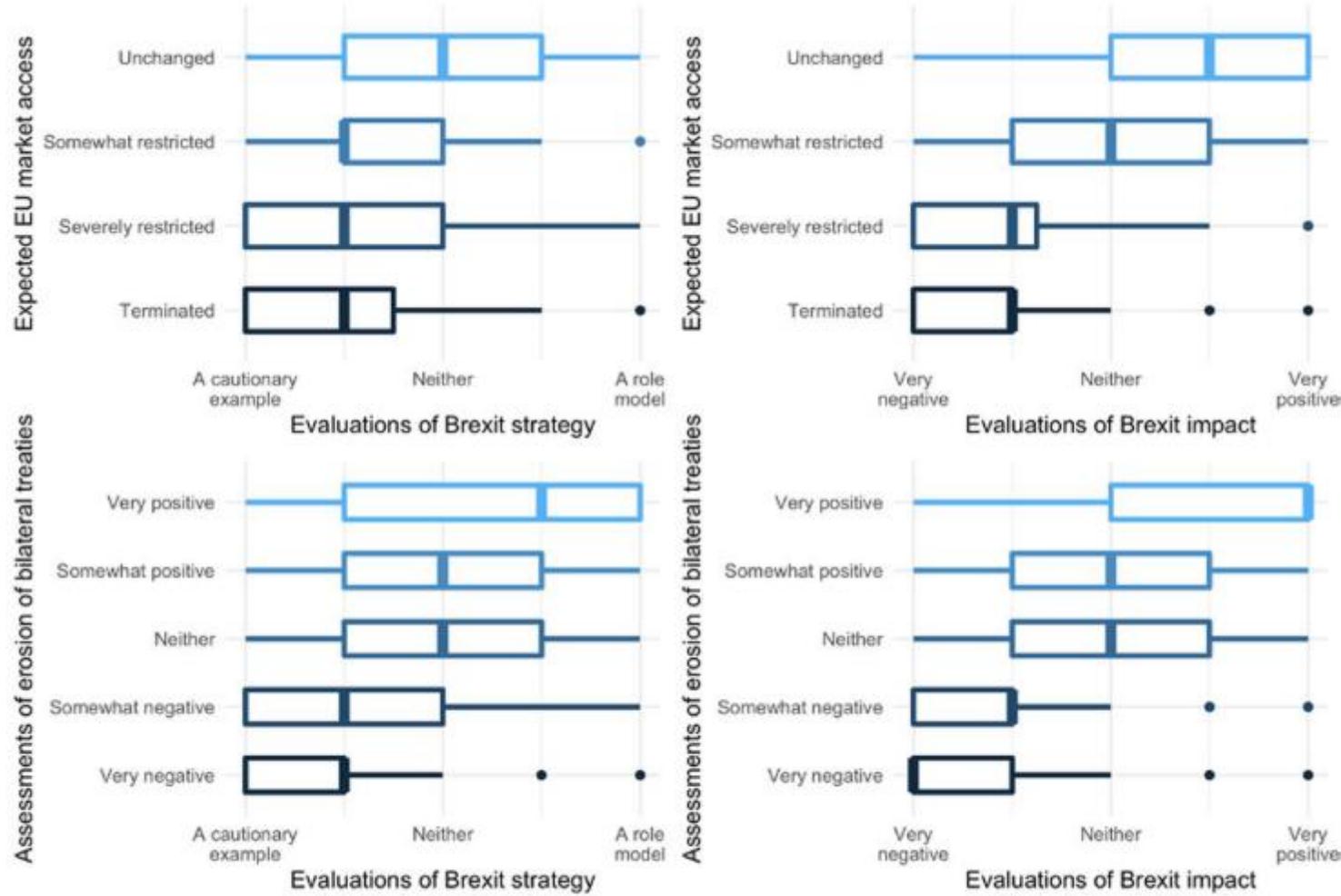
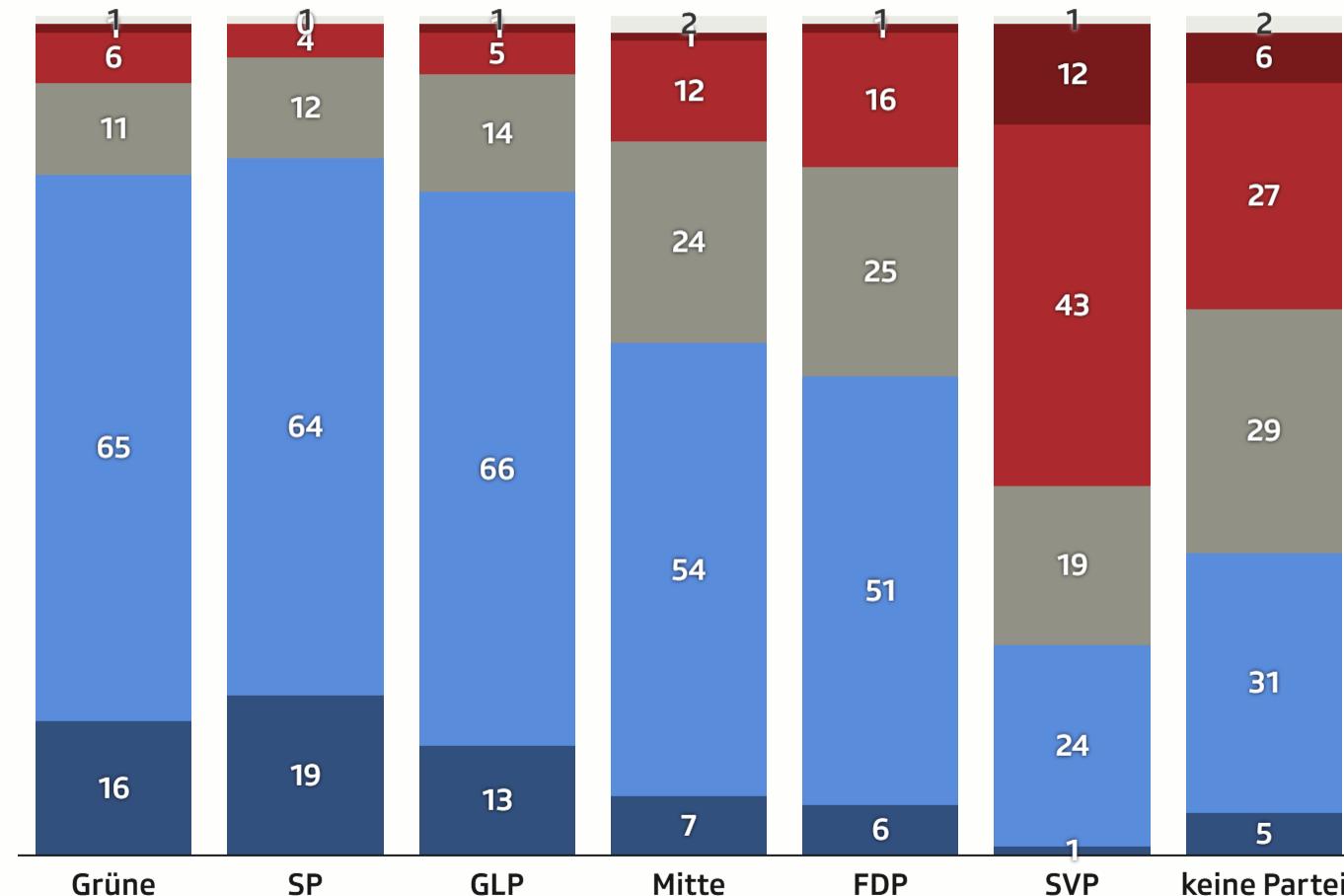


Figure 6. Brexit evaluations and expectations.

Vor- und Nachteile bilaterale Verträge nach Parteibindung

Sehen Sie in den bilateralen Verträgen (CH/EU) alles in allem...

■ nur Vorteile ■ eher Vorteile ■ gleich viele Vor- und Nachteile ■ eher Nachteile ■ nur
Nachteile ■ weiss nicht



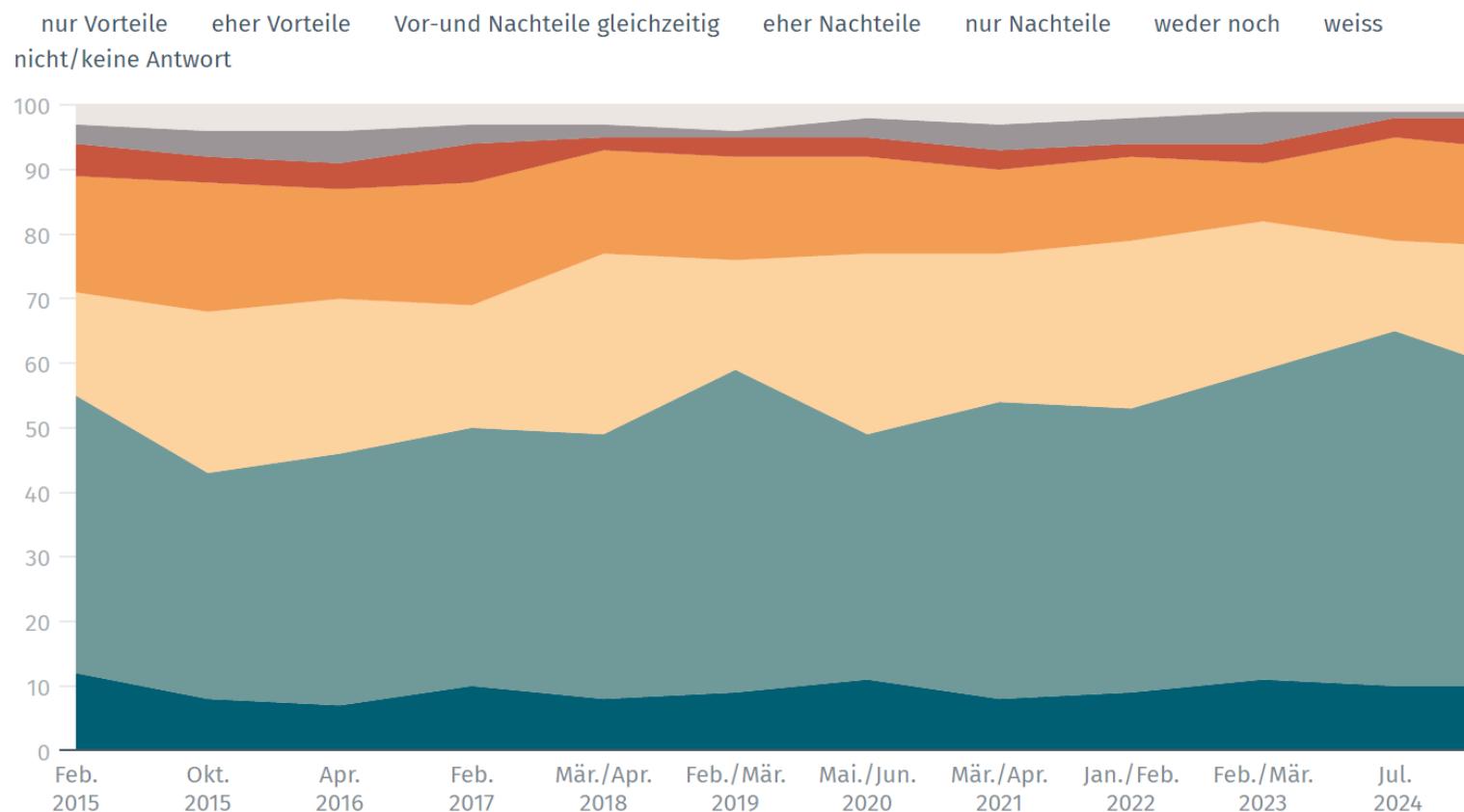
in Prozent Stimmberechtiger. Befragungszeitraum: 16. bis 30. September 2024

Quelle: GFS Bern im Auftrag der SRG SSR

Trend Einschätzung bilaterale Verträge

Nun geht es um die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU). Die Schweiz hat seit 2001 mit der EU verschiedene bilaterale Verträge abgeschlossen. Diese regeln unter anderem den Warenaustausch, die Personenfreizügigkeit, aber auch die Grenzkontrolle. Ganz generell: Sehen Sie in den bilateralen Verträgen zwischen der Schweiz und der EU alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile?

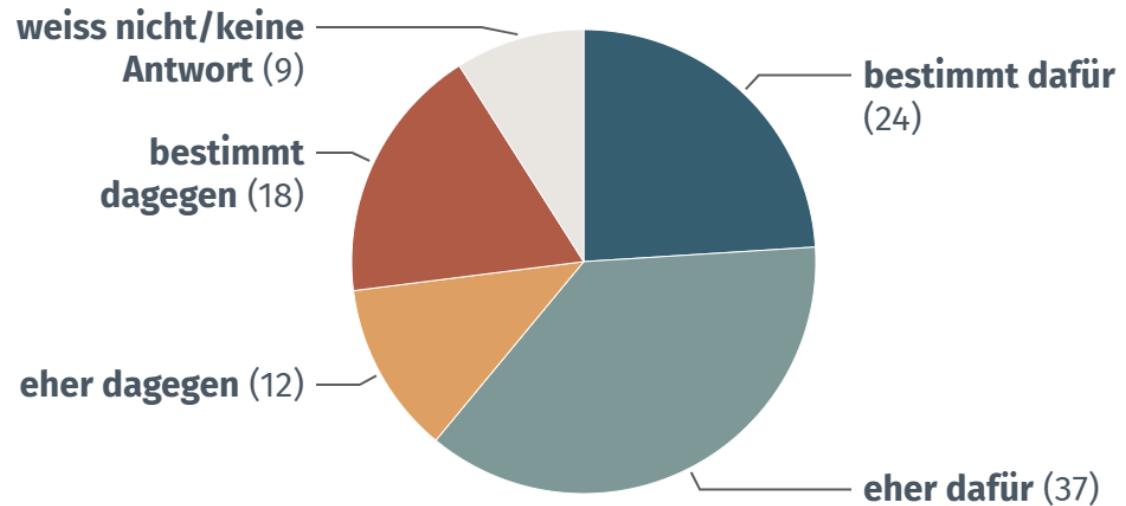
in % Stimmberechtigte



Stimmabsicht Anpassung bestehende Verträge - bestimmt Teilnehmende

Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über diese Anpassungen an den bestehenden Verträgen mit der EU abgestimmt würde, wären Sie dann ...

in % Stimberechtigte, die bestimmt an der Abstimmung teilnehmen würden

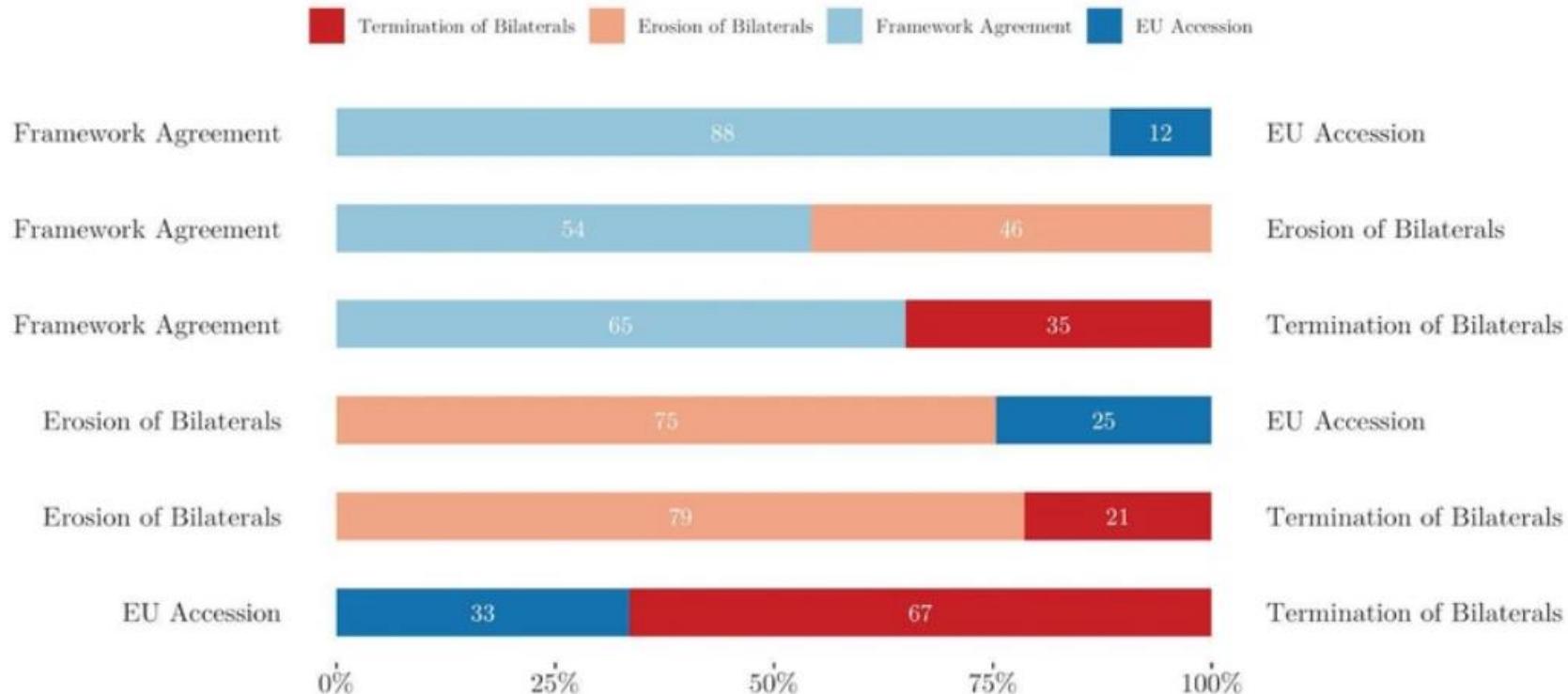


© gfs.bern, Paket "Schweiz-EU", Juli-August 2025 (n=853)

Pragmatisches Verständnis in der Stimmbevölkerung

Swiss preferences about the future of Swiss-EU relations

If you had to choose between each of the following two alternatives, which option would you prefer?

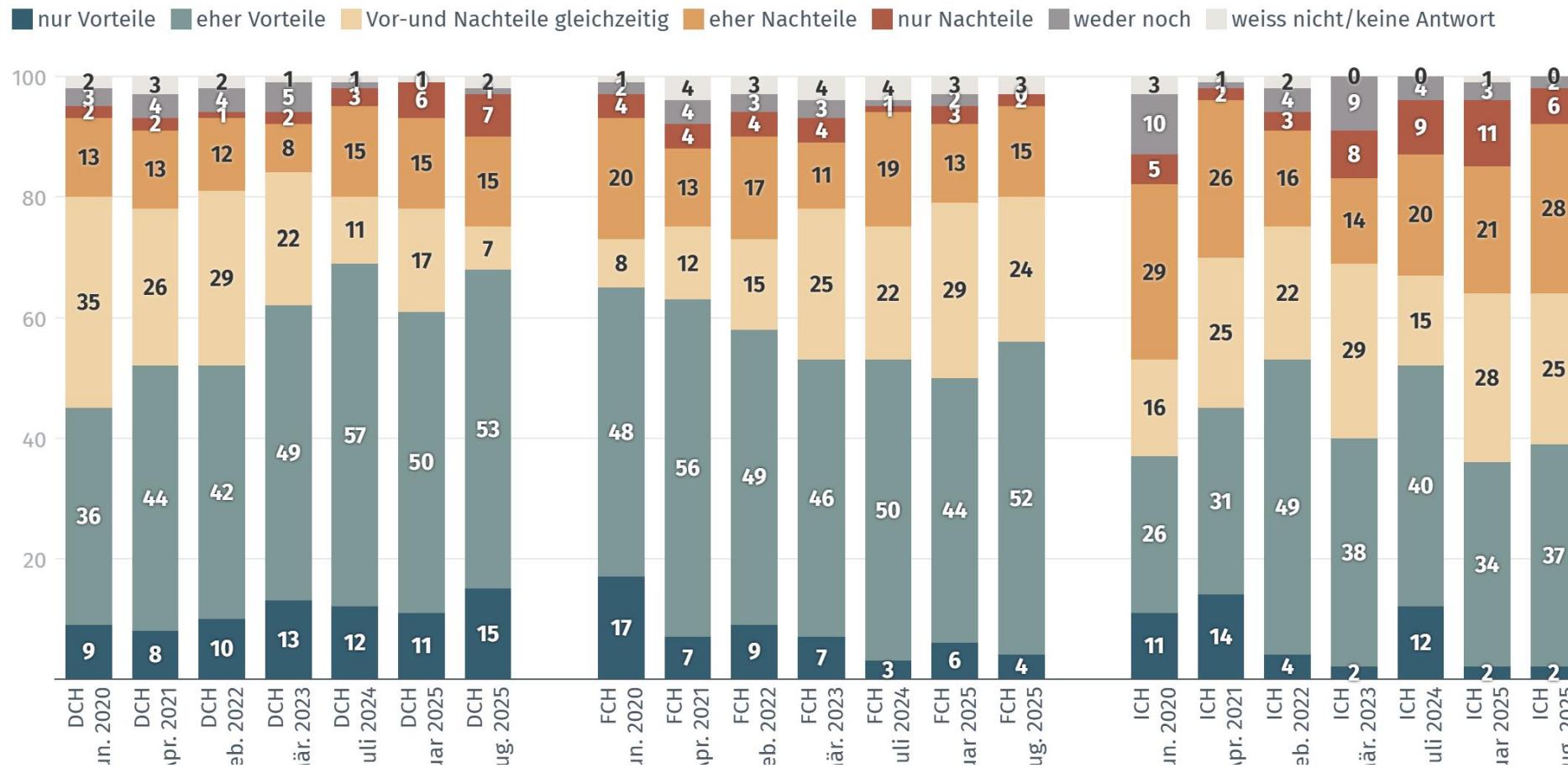


Note: 1,613 respondents interviewed from 09/09 to 26/09. Data are weighted to represent the Swiss population.

Trend Einschätzung bilaterale Verträge nach Sprachregion

Ganz generell: Sehen Sie in den bilateralen Verträgen zwischen der Schweiz und der EU alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile?

in % Stimmberechtigte



Salienz: Wie wichtig ist das Thema für die Parteien?

Tabelle 6.1: Parteiparolen, abweichende Kantonalsektionen und Parolentreue der Anhängerschaft bei elf europapolitischen Abstimmungen

		CVP			FDP			SP			SVP		
		Pa	aK	PT	Pa	aK	PT	Pa	aK	PT	Pa	aK	PT
1979	Freihandelsabkommen*	ja	0		ja	0		ja	1		ja	1	
1992	EWR-Beitritt	ja	2	53	ja	2	62	ja	0	69	ne	3	68
1997	«EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!»	ne	0	93	ne	0	92	ne	0	82	ne	1	58
2000	Bilaterale Abkommen mit der EU	ja	0	69	ja	0	83	ja	0	93	ja	14	24
2001	Initiative «Ja zu Europa!»	ja	18	16	ne	4	82	ja	0	58	ne	0	84
2005	Abkommen Schengen und Dublin	ja	0	72	ja	0	79	ja	0	86	ne	2	92
2005	Ausdehnung FZA auf neue EU-Staaten	ja	0	81	ja	0	74	ja	0	89	ne	5	87
2006	Zusammenarbeit mit Staaten Osteuropas	ja	0	65	ja	0	71	ja	0	86	ne	1	90
2009	Weiterführung FZA/Ausdehnung	ja	0	75	ja	0	77	ja	0	80	ne	1	94
2014	Masseneinwanderungsinitiative	ne	0	66	ne	0	60	ne	0	84	ja	0	95
2020	Begrenzungsinitiative	ne	0	67	ne	0	72	ne	0	86	ja	0	87

Pa: Parole der Mutterpartei; aK: Zahl der von der Parole der Mutterpartei abweichenden Kantonalsektionen; PT: Parolentreue (Anteil der bei den VOX/Voto-Abstimmungsanalysen Befragten, die gleich stimmten wie die Partei, zu der sie die grösste Sympathie angeben [in %]); * nach der Abstimmung 1979 gab es keine Nachbefragung; Quellen: Swissvotes 2022 (inkl. Vox-Analysen für die Parolentreue). Ausführliche Informationen zu den in der Tabelle ausgewiesenen Abstimmungen finden sich unter den entsprechenden Vorlagen bei Swissvotes (2022).

Quelle: Bühlmann 2022

Positionen: Welche Meinungen vertreten die Parteien zur Europapolitik?

Initiative «**Ja zu Europa!**» (2001) als Wegscheide hin zu einer pragmatischeren Ausrichtung der Parteien (ausser der SVP): Bilaterale werden mehr und mehr zum «Schweizer Königsweg»

- Fast alle Kantonalsektionen der **CVP** gegen Ja-Parole, nur die Hälfte der **SP**-Wählerschaft folgt der Parteiparole, **FDP** erstmals mit Nein-Parole
- In der Folge: Europathema tritt in den Parteiprogrammen und in den Wahlprogrammen zu Nationalratswahlen mehr und mehr **in den Hintergrund**

Positionen: Welche Meinungen vertreten die Parteien zur Europapolitik?

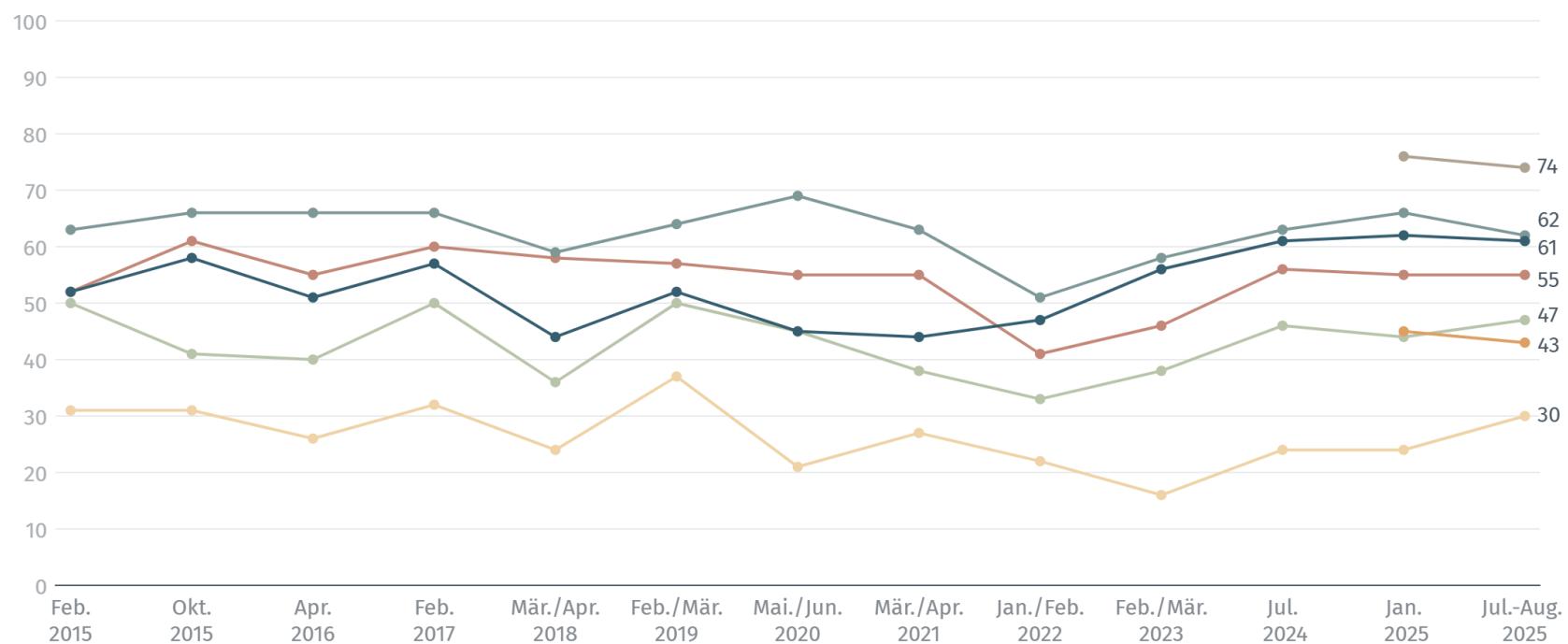
- Europäische Integration als «**wedge issue**» (De Vries & Hobolt 2020), das die Wählerschaft von Mainstream-Parteien **potenziell** spaltet und orthogonal zur L-R-Cleavage verläuft
 - Insbesondere bei CVP der Fall, während die SP über die FlaM kompensieren konnte
 - **SVP wohl die Partei, die elektoral von ihrer klaren Haltung am stärksten profitiert:** Laut Kriesi (2005) EU als entscheidende Frage für den Aufstieg der SVP seit den 1990er-Jahren
 - Heute **hohe Kongruenz** zwischen Parteien und ihren Anhängern (Lauener 2022): Partieliten skeptischer als Bürger bzgl. EU-Mitgliedschaft aber offener für andere Kooperationsformen mit der Europäischen Union

Trend Contra-Argumente rund um Bilaterale

Wir haben hier einige Argumente aus der politischen Diskussion in der Schweiz rund um diese bilateralen Verträge mit der EU gesammelt, die man immer wieder hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher, eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

in % Stimmberechtigte Anteil voll/eher einverstanden

— EU ist ein bürokratischer Moloch — einheimische Löhne unter Druck durch PFZ — Zuwanderung erhöht Miet- und Immobilienpreise — Zuwanderung als Belastung für Sozialwerke — Kontrolle über Zuwanderung verloren — EU ist undemokratisch — Schweiz nicht auf Bilaterale angewiesen



Einfluss Argumente auf die Einschätzung der bilateralen Verträge

Einflussstärke einzelner Argumente auf die Einschätzung der bilateralen Verträge

Lesebeispiel: Menschen, die finden, dass die bilateralen Verträge der Wirtschaft den Zugang zum wichtigsten Exportmarkt sichern, haben eine 37 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, in den bilateralen Verträgen 'eher/nur Vorteile' zu sehen (alle anderen Faktoren konstant).

Stimmberechtigte

Zugang zum Exportmarkt

Bilaterale verhelfen zu Wohlstand

überall in EU wohnen, studieren und arbeiten

Zuwanderung als Belastung für Sozialwerke

Zuwanderung erhöht Miet- und Immobilienpreise

Kontrolle über Zuwanderung verloren

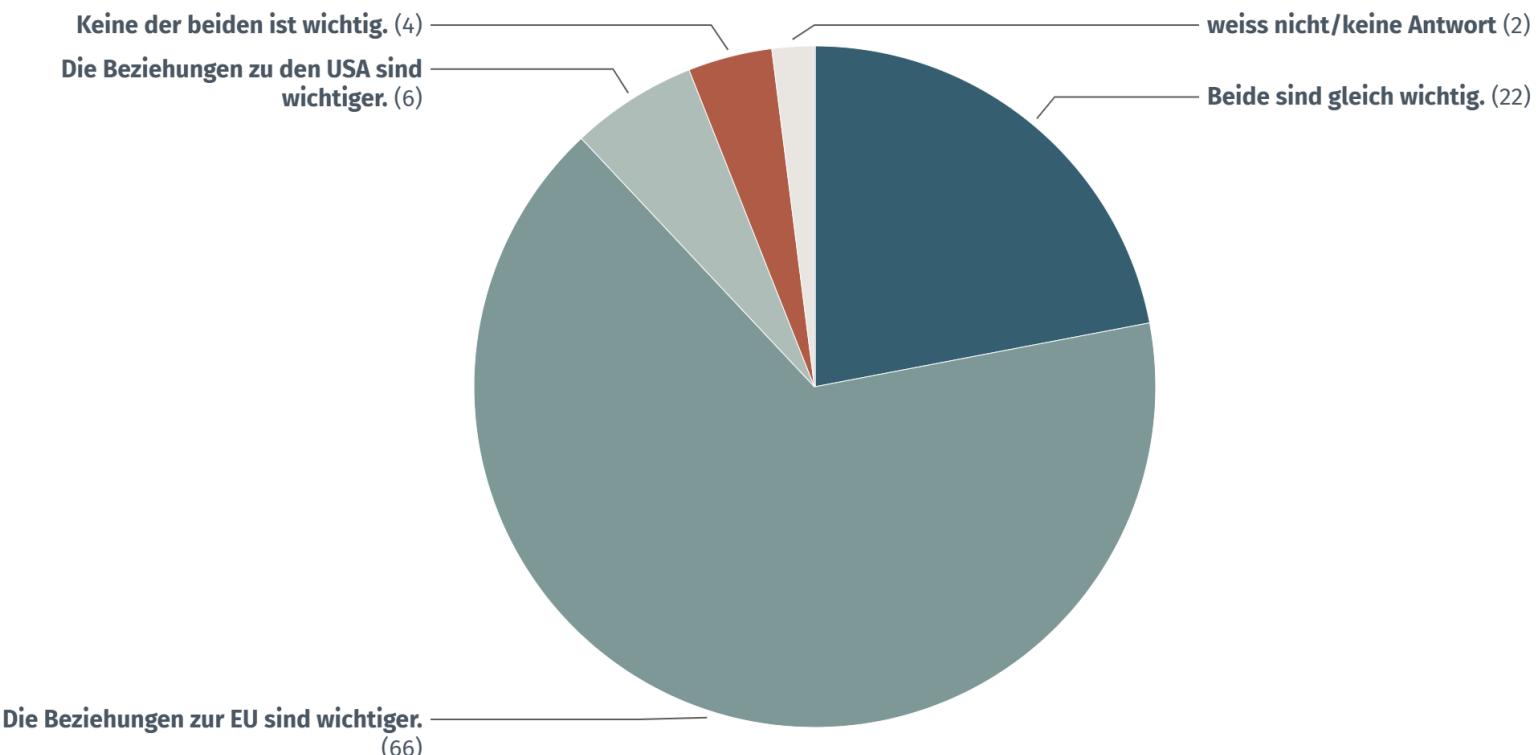


© gfs.bern, Paket "Schweiz-EU", Juli-August 2025 (n = 752). Zusätzliche Kontrollvariablen: Geschlecht, Alter, Siedlungsart. Der graue Bereich zeigt das 95% Konfidenzintervall.

Bedeutung der Handelspartner EU und USA für die Schweiz

Die grössten Handelspartner der Schweiz sind die EU und die USA. Mit beiden bestehen aktuell keine langfristig stabilen Beziehungen. Welches der beiden partnerschaftlichen Verhältnisse erachten Sie für die Schweiz als wichtiger?

in % Stimmberechtigte



Positionen: Welche Positionen vertreten die Parteien zur Europapolitik?

Recherche

Besucht die Homepage von jeweils einer der folgenden Parteien (**SVP, SP, FDP, Grüne/GLP, Mitte**) bzw. des **Schweizerischen Gewerkschaftsbunds** und **Economiesuisse**. Versucht, die **aktuellen Positionen** der Akteure zum neuen Vertragspaket herauszufinden:

- Generelle Position
- Personenfreizügigkeit
- Flankierende Massnahmen (Lohnschutz, Kautionspflicht, Spesenregelung)
- Streitbeilegung unter Einbezug des EuGH
- Dynamische Rechtsangleichung
- Neue, weitere Abkommen (Strom, Gesundheit, etc.)

Positionen: Welche Positionen vertreten die Parteien zur Europapolitik?

	SVP	SP	FDP	Grüne	Mitte	SGB	Economie Suisse
Generell							
PFZ							
FlaM							
Streitbeil.							
Rechtsangl.							
Neue Abk.							